

**80. Beilage im Jahr 2015 zu den Sitzungsunterlagen
des XXX. Vorarlberger Landtages**

Selbständiger Antrag der NEOS Vorarlberg

An das
Präsidium des Vorarlberger Landtages
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, am 31.8.2015

**Betreff: LandeslehrerInnen: Gründe für frühzeitige Pensionierungen
detailliert erheben, Unterstützung für ältere Lehrkräfte verbessern**

Sehr geehrter Herr Präsident!

Das Bildungsniveau ist weiter im Sinkflug. Gerade haben die hohen Durchfallquoten bei der Lehrabschlussprüfung die dramatische Entwicklung einmal mehr deutlich gemacht. Denn laut Experten sei die Tatsache, dass in diesem Jahr rund 18 Prozent der Lehrlinge durch die Abschlussprüfung gefallen sind, (auch) auf den mangelhaften Bildungsstand vieler Vorarlberger Pflichtschulabgänger zurück zu führen.

Um unseren Kindern endlich eine bessere Bildung zu ermöglichen, brauchen wir eine tiefgreifende und konsequente Schulreform – Stichwort 3-fache Schulautonomie – sowie gut ausgebildete, motivierte und vor allem auch ausreichend Pädagoginnen und Pädagogen. Sie sind der Schlüssel zu einem guten Bildungserfolg.

Aber leider ist gerade in Vorarlberg die Situation an den Schulen hinsichtlich der personellen Ressourcen sehr angespannt. Denn das Land kämpft mit einem Lehrermangel, der sich bereits darin äußert, dass eine große Anzahl von Überstunden geleistet, Lehrkräfte ohne Abschluss eingestellt und pensionierte Lehrpersonen zurückgeholt werden müssen, um alle Pflichtstunden erfüllen zu können. Und bekanntlich kommt 2018/2019 eine zusätzliche Herausforderung auf uns zu, da es in diesem Studienjahr aufgrund der verlängerten Studienzeit an der Pädagogischen Hochschule keine Absolvent_innen / neuen Junglehrer_innen geben wird.

Gleichzeitig zeigt ein gerade erschienener Rechnungshofbericht auf, dass der Großteil der Landeslehrerbeamten – in ganz Österreich, aber insbesondere auch in Vorarlberg – vor dem gesetzlichen Pensionsantrittsalter in den Ruhestand tritt (in

Vorarlberg waren es zwischen 2008 und 2013 gar unter 1 Prozent (!) der beamteten LandeslehrerInnen, die bis zum Regelpensionsalter im Dienst waren). Damit gehen dem Land erfahrene Lehrkräfte, die dringend benötigt würden, frühzeitig verloren. Ein Erfahrungs- und Know-how-Aderlass, den sich ein Bundesland auf Dauer nicht leisten kann – von den zusätzlichen Kosten für den Finanzhaushalt gar nicht zu sprechen! Höchste Zeit also, dass – über die zu kurz gefasste Erklärung „Hacklerregelung“ bzw. „Dienstunfähigkeit“ hinaus – den wahren Gründen für die frühzeitigen Pensionierungen detailliert auf den Grund gegangen wird, um wirksame Maßnahmen setzen zu können, damit unsere LehrerInnen ihren Beruf bis zum gesetzlichen Pensionsantrittsalter mit Begeisterung und bei guter Gesundheit ausüben können.

Gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtags stellen wir daher folgenden

A N T R A G

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, schnellstmöglich fundiert zu erheben, weshalb der Großteil der Vorarlberger Landeslehrer vor dem gesetzlichen Pensionsantrittsalter in Pension geht. Die Erhebung soll – beginnend zumindest mit dem Jahr 2010 – jeweils gesondert für vertragsbedienstete und für beamtete Landeslehrer zu jedem Pensionsantritt das Lebensalter, die Dienstjahre und den genauen Grund für die Pensionierung (Erreichen des gesetzlichen Pensionsalters, „Hacklerregelung“, krankheitsbedingte Frühpension etc.) ersichtlich machen. Im Falle einer vorzeitigen Pensionierung sollen (in anonymisierter Form) auch die zugrundeliegenden Motive bzw. Krankheiten detailliert erhoben werden. Auf dieser Basis sollen – mit der Zielsetzung, wertvolle Personalressourcen möglichst lange zu erhalten – Vorschläge und Empfehlungen zur Unterstützung und Motivation älterer Lehrpersonen erarbeitet sowie ein konkreter Maßnahmenplan entwickelt werden. Diese Maßnahmen sind ehestmöglich umzusetzen.“

Dr. Sabine Scheffknecht

Mag. Martina Pointner

Der XXX. Vorarlberger Landtag hat in seiner 8. Sitzung im Jahre 2015, am 18.11.2015, den Selbständigen Antrag, Beilage 80/2015, mit den Stimmen der VP- und der FPÖ-Fraktion sowie der Fraktion Die Grünen mehrheitlich abgelehnt (dafür: SPÖ und NEOS).